

Haushaltsrede 2014 der SPD-Fraktion Stadtallendorf

(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
mehr sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich wie jedes Jahr beginnen mit dem Dank an all diejenigen, die zur Erstellung des diesjährigen Haushaltsplans und der Wirtschaftspläne beigetragen haben. Auch in diesem Jahr zeigt der Plan mit seinen Anlagen, dass mit viel Aufwand ein schwieriges Werk vollbracht wurde. Dafür den Dank meiner Fraktion und von mir.

Bevor ich zum Haushalt der Stadt komme, möchte ich zunächst die Wirtschaftspläne der Stadtwerke und des Eigenbetriebes DuI würdigen.

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke weist einen Gewinn von 189.000 EURO aus, der vor allem aus dem Bereich Abfall resultiert. Der Zuschussbetrag für die Bäder wird mit 857.000 EURO ausgewiesen, den die Stadt komplett zu tragen hat. Im Vermögensplan werden Maßnahmen von 6,99 Mio. EURO ausgewiesen, davon 3,65 Mio. EURO für die Sanierung des Hallenbads. Die dazu notwendige Kreditaufnahme beträgt 4,75 Mio. EURO, davon entfallen 3,34 Mio. EURO auf das Hallenbad, 0,93 Mio. EURO auf den Baubetriebshof und 0,48 Mio. EURO auf den Rest.

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs DuI, im Erfolgsplan ausgeglichen, mit 8,96 Mio. EURO Volumen. Dazu tragen die Kostenmieten der städtischen Gebäude 6,5 Mio. EURO bei, der Baubetriebshof 1,7 Mio.

Wichtig und sehr zu begrüßen ist die Veränderung der „Kostenmieten“, die eine Trennung in Gebäudehaupt- und nebenkosten erfahren haben. Damit wird dem Wunsch der Parlamentarier Folge getragen, besser zwischen beeinflussbaren und nicht beeinflussbaren Kosten unterscheiden zu können. Wir werden genau betrachten müssen, ob diese Veränderung auch bei den Nutzern, also den zuständigen Fachbereichen in der Verwaltung, dazu führt, Sparsamkeitserträge zu generieren.

Bei den Baumaßnahmen im Bereich DuI sind die wichtigsten Einzelpositionen mit 3,03 Mio. der Baubetriebshof, mit 0,11 Mio. das Feuerwehrgerätehaus in Hatzbach und mit 0,64 Mio. EURO die Sanierung des Gemeinschaftszentrums. Damit dominieren auch in diesem Jahr die beiden Baumaßnahmen Hallenbad und Baubetriebshof unsere Investitionstätigkeit in den Eigenbetrieben. Es ist gut, dass wir über beide Projekte vor ihrer Umsetzung umfangreich diskutiert und einen breiten Konsens erzielt haben. Aber wir Stadtverordnete bleiben aufgefordert, alle Möglichkeiten eines sinnvollen Kostencontrollings bei beiden Maßnahmen umzusetzen, was uns nicht zuletzt die aktuellen Erfahrungen bei der Ausschreibung für den Baubetriebshof unterstreichen.

Insgesamt sieht meine Fraktion bei beiden Wirtschaftsplänen keinen Grund zur Kritik, sondern sieht sie als sehr gutes Werk an und wird ihnen zustimmen.

Wenden wir uns jetzt dem Haushaltsplan 2014 der Stadt zu:

Auch zu diesem gibt es eine Reihe von bedeutsamen Zahlen und Inhalten anzumerken:

Der Ergebnishaushalt weist ordentliche Erträge von 54,279 Mio. EURO und ordentliche Aufwendungen von 54,274 Mio. EURO und damit einen Überschuss von 4.723 EURO aus, was sicherlich als sehr gering bezeichnet werden darf. Allerdings relativiert sich dies, wenn man in Betracht zieht, dass im Vorjahr 1,4 Mio. EURO Defizit im Erfolgsplan ausgewiesen waren. Und wenn man sich klarmacht, dass dieses geringe Plus uns die Notwendigkeit eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes erspart, zumindest auf der formalen Ebene.

Das Volumen des Ergebnishaushaltes sinkt gegenüber dem Vorjahr, weil Rückstellungen wieder nach dem Netto-Prinzip gebildet werden müssen. Die Folge sind netto 6,4 Mio. EURO Verbesserung. Auf diesen Sachverhalt werde ich später noch zurückkommen.

Die Steuereinnahmen belaufen sich auf 48,7 Mio., das ist ein Plus von 5,13 Mio. EURO, wozu mit 4,55 Mio. EURO die Gewerbesteuer beiträgt. Damit bleibt auch in diesem Haushalt die große Steuerkraft erhalten, ebenso wie die starke Abhängigkeit von den Gewerbesteuereinnahmen.

Die wichtigsten Veränderungen im Erfolgsplan sind zu verzeichnen bei Personal- und Versorgungsaufwendungen mit einem Plus von 321.000 EURO und Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit saldiert ein + von 891.000 EURO, die aus 707.000 EURO Einsparungen und 1.598.000 EURO oder 1,598 Mio. EURO Steigerung entstehen, wobei die Steigerung vor allem durch die Mietkosten gegenüber DuI verursacht werden. Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse steigen vor allem wegen der erhöhten Kosten bei den Kindertagesstätten um 106.000 EURO.

Die Abschreibungen steigen um immense 535.000 EURO, also mehr als 25 % auf die Höhe von 2,39 Mio. EURO. In diesem Sachverhalt ist ein erhebliches Problempotential enthalten, denn diese Steigerung ist nicht einmalig, sondern sie ist wiederkehrend für viele Jahre. Und bedeutet damit eine wiederkehrende Belastung, die sich nicht auf dem diesjährigen Steigerungsbedarf beschränkt. Es sind noch eine Vielzahl von Investitionen als Anlagen im Bau geführt, so dass deren Abschreibungen noch gar nicht in unseren Zahlen erfasst sind, unseren Haushalt aber irgendwann entsprechend belasten. Dies sollten wir bei allen weiteren Überlegungen nicht vergessen.

Im Finanzhaushalt sind Investitionen von 5,24 Mio. EURO veranschlagt, rund 0,8 Mio. EURO mehr als im Vorjahr. Und obwohl der Finanzplan eines jahresbezogenen Finanzmittelfehlbedarf von 1,61 Mio. EURO aufweist, kann dieser gedeckt werden aus vorhandenen Finanzmitteln, so dass keine neue Kreditaufnahme notwendig wird und die Verschuldung sogar um 0,62 Mio. EURO sinkt. Das sind starke Sachverhalte.

Die Investitionen verteilen sich wie folgt:

Der Fachbereich 1 bekommt 471.000 EURO vor allem für die Beamtenversorgungskasse mit 250.000 EURO und für IT- Investitionen mit 100.000 EURO.

Im Fachbereich 3 sind es 514.000 EURO, davon erhält die Feuerwehr 274.000 EURO für Fahrzeug- und Betriebsausstattung, die Sportstätten 212.000 EURO, die Eigenheimförderung 64.000 EURO und die Kindertagesstätten 48.000 EURO.

Der Fachbereich 4 verwaltet 4,253 Mio. EURO, die sich in 1,44 Mio. EURO für Grunderwerb, 1,34 Mio. EURO für Baumaßnahmen und für Erwerb von Sachvermögen in Höhe von 1,46 Mio. aufteilen.

Zu den Schulden der Stadt ist festzuhalten: Betragen diese Anfang 2013 noch 12,22 Mio. EURO, so werden sie Ende 2014 10,1 Mio. EURO betragen, also 2,12 Mio. EURO oder 17 % weniger. Die Zinsaufwendungen sinken auf nunmehr 381.000 EURO.

Allerdings muss man diesen Schulden die Schulden der Eigenbetriebe hinzurechnen, um einen Gesamtüberblick zu haben. Diese Schulden betragen bei den Stadtwerken 7,1 Mio. EURO und bei DuI 4,77 Mio. EURO. In der Summe sind es für die Stadt insgesamt also 21,98 Mio. EURO.

Meine Damen und Herren, damit hab ich jetzt eine Vielzahl von wichtigen Daten für den Haushalt aufgeführt, die diesen in ihrer Gesamtheit charakterisieren. Aber ich habe die eigentlichen Kernpunkte unserer diesjährigen Haushaltsberatung noch gar nicht angerührt, denn diese stecken weniger in den konkreten Zahlen dieses Jahres, sondern in der Einordnung des Haushalts in die kommenden Jahre und in der spezifischen Situation unserer heutigen Beschlussfassung.

Meine Damen und Herren, eine Beschlussfassung eines Haushaltsplans nachdem das Haushaltsjahr begonnen hat, ist nichts seltenes, sondern eher häufig. Einen Haushaltsplan aber erst zu beschließen, wenn das Jahr bereits mehr als zur Hälfte herum ist, ist schon etwas ganz Außergewöhnliches.

Und nun kann man diese Besonderheit in verschiedenen Richtungen auf sich wirken lassen: Die CDU hat in den Beratungen in den Ausschüssen und auch heute in der Rede den Eindruck vermittelt, ihr ginge es allein um die Frage: Wer ist daran schuld?

So kann man die Frage stellen. Aber die Antwort ist in keinerlei Hinsicht hilfreich oder gar zielführend. Denn Fakt ist: Wir wussten seit dem Herbst des letzten Jahres, dass sich der Haushalt 2014 so verzögern wird und noch viel mehr. Wir wussten, was alles dazu beigetragen hat. An externen Ursachen, auch an unbeeinflussbaren Faktoren, neben allen vielleicht jemanden in der Verantwortung zuzuweisenden Punkten. Und wir haben in diesem Prozess akzeptiert, dass es so sein wird. Wer heute meint, mit einer „Schuldfrage“ sich aus diesem gemeinsamen Prozess entfernen zu wollen, beweist kein solides politisches Handeln.

Denn die Frage, die uns vorrangig beschäftigen sollte, ist: Wie schaffen wir es, dass in dieser Stadt möglichst keine negativen Konsequenzen für Einzelne oder Gruppen oder Vorhaben aus dem verspäteten Haushalt resultieren. Hier haben die Verwaltung und der Magistrat in den zurückliegenden Wochen und Monaten gezeigt, dass sie sehr verantwortungsbewusst mit dieser Frage umgehen. Sie haben gezeigt, wie man unter Nutzung der rechtlichen Möglichkeiten einen Stillstand verhindert und die Stadt weiter voranschreiten lässt. Dafür gebührt ihnen unser besonderer Dank.

Und die zweitwichtigste Frage bei einer so späten Verabschiedung des Haushalts ist: Welche Konsequenzen hat das für die im Haushaltsjahr neuen Haushaltsansätze? Hier muss man sich klarmachen, dass das Haushaltsrecht keine Umsetzungsmöglichkeiten für neue Vorhaben vor

der Genehmigung des Haushaltes zulässt. Und ein Haushalt, der im Juli beschlossen wird, kann mit einer Genehmigung – auch vor dem Hintergrund der Sommerpause in den Verwaltungen – nicht vor Ende September, Anfang Oktober rechnen. Erst danach kann man mit der Umsetzung von neuen Ansätzen beginnen. Damit ist klar, dass man im Haushalt 2014 keine Initiative für das Frühjahr 2014 mehr umsetzen kann, denn das ist schlichtweg vorbei.

Aber es ist genauso klar, dass auch investive Maßnahmen, die nicht zeitlich gebunden sind, nur noch einen Bruchteil dieses Jahres zur Umsetzung haben. Dies macht manch ein großes Vorhaben klein in der Realisierung im Haushaltsjahr.

Die Konsequenz daraus ist: Wenn man meint, etwas im Haushaltsentwurf verändern zu wollen, dann sollte man hinsichtlich Umfang und Finanzbedarf realistische Überlegungen anstellen.

Und diese realistischen Überlegungen sind verbunden mit dem dritten Aspekt, der sich aus den Zahlen im Haushaltsentwurf ergibt:

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf weist einen Überschuss von gerade einmal 4732 EURO aus. Dieser – ich hatte es bereits ausgeführt – bewahrt uns vor den Zwängen eines Haushaltssicherungskonzeptes. Aber, meine Damen und Herren, diese Kennzahl kann bei niemandem, der es mit dem Haushalt und der Stadt ernst meint, Sorglosigkeit auslösen. Schon kleine Veränderungen brächten den Haushalt ins Minus.

Und tatsächlich ist der Haushalt in diesem Jahr eigentlich auch schon nicht ausgeglichen, wenn er nach den Prinzipien der Haushaltsaufstellung im letzten Jahr erarbeitet worden wäre. Nur die Tatsache, dass die Vorschrift zum Ausweisen von Rückstellungen geändert wurde, macht ihn in der Summe positiv. 6,4 Mio. EURO beträgt die Nettoverbesserung daraus, ich hatte es bereits gesagt. Dieses Jahr. Im nächsten Jahr müssen wir dieses Geld dann neu und zusätzlich aufbringen, denn der „Überschuss“ von 4732 EURO reicht dazu nicht.

Man muss kein Prophet sein, um bei solchen Voraussetzungen zu sagen, dass wir in 2015 wohl keinen ausgeglichenen Haushalt werden vorlegen können. Damit greifen in 2015 alle Notwendigkeiten zur Haushaltskonsolidierung. Vor diesem Hintergrund ist ein Verteilen von Wohltaten in diesem Jahr fast zynisch, denn wir wissen – oder sollten es wissen – dass wir diese Entscheidungen im nächsten Jahr oder den folgenden wieder werden zurückholen müssen.

Und diese negative Perspektive wird noch durch einen weiteren Aspekt gesteigert: Der Innenminister hat verfügt, dass in 2015 kein Haushalt irgendeiner Kommune genehmigt werden darf, wenn nicht die Jahresabschlüsse bis 2013 einschließlich vorliegen.

Meine Damen und Herren, wir sollen nachher den Abschluss des Haushalts für 2007 beschließen. Der Abschluss für 2008 ist für den Herbst angepeilt. Aber selbst wenn dieser vorliegt, dann fehlen noch immer die Abschlüsse für 2009, 2010, 2011, 2012 und 2013. Die können wir unmöglich bis 2015 schaffen, selbst in 2015 wird dies nicht möglich sein. Damit werden wir in 2016, wenn die Abschlüsse bis 2014 einschließlich vorliegen müssen, immer noch diese Voraussetzung nicht geschafft haben.

Damit, meine Damen und Herren, müssen wir von vorläufiger Haushaltsführung in 2015 und 2016 ausgehen. Damit wird in beiden Jahren nichts Neues bewegt werden können. Dann sind wir zum relativen Stillstand gezwungen, egal welche Zahlen die Finanzen ansonsten in diesen Jahren liefern. Ich befürchte, dass Sie sich dessen noch gar nicht bewusst sind. Und der einzige Weg, der uns davor bewahren könnte, wäre ein Zurückweichen der Landesregierung von ihrer starren Haltung in dieser Frage. Aber das ist nicht abzusehen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir, was die Finanzen der Stadt angeht, in einer ähnlichen Situation wie die von Menschen oder Tieren, die im Herbst den nahenden Winter vor sich sehen und ganz dringlich schauen müssen, dass sie einen Vorrat für diesen Winter anlegen. Dabei bedeutet Vorrat in unserem konkreten Fall: Wir müssen im Haushalt 2014, dem vorerst letzten in dem wir was bewegen können, die Maßnahmen beginnen, die wir unbedingt in den kommenden Jahren erledigen müssen.

Da ist es gut, dass die großen Investitionen wie Hallenbad, Baubetriebshof und Feuerwehr Hatzbach in die Finanzierung bzw. Realisierung gehen und so weiter fortgesetzt werden können. Und es ist gut und vorausschauend, dass der Kämmerer im Haushaltsentwurf 1,4 Mio. EURO für Grunderwerb für ein weiteres Baugebiet in der Kernstadt vorgesehen hat. Oder dass er für die wichtige Maßnahme Barrierefreier Wohnraum in Bereich des Iglauer Wegs 215.000 EURO für unsere Maßnahmen zur Veränderung des Umfelds vorgesehen hat. Ein Projekt, das zusätzlich noch aus der „Sozialen Stadt“ mit mehr als 50 % bezuschusst wird. Mit diesen beiden Ansätzen können wir wenigstens im Baubereich einen Stillstand durch unser „Haushaltsproblem“ vermeiden.

Ansätze dieser Qualität, zukunftsorientiert und realistisch, sind es, die dieser Haushalt braucht, und die man gerne ergänzen könnte, wenn man Ähnliches zu bieten hätte.

Aber mit dieser Forderung haben die Änderungsanträge der CDU und auch der der GRÜNEN, der heute vorliegt, denen ich mich jetzt zuwenden will, nichts gemein. Die CDU folgt den alten, klassischen Spielregeln und die Anträge sollen nachweisen, dass man „es halt doch besser kann“, dass man besser weiß, was wichtig ist, dass man den Anspruch als größte Fraktion Änderungen vornehmen zu wollen, halt umsetzen kann. Sie sind unter keinem Aspekt an die spezielle Situation unserer Haushaltsentscheidung heute am 17.07.2014 angepasst. Sie gaukeln Spielräume vor, die es nicht gibt: Wenn ich im Grunde gewollte Investitionen heute finanziell kürze, dann muss ich dieses Geld in Folgejahren zusätzlich bereitstellen, denn es wird dieses Jahr in anderen Maßnahmen ausgegeben. Und da diese neuen Maßnahmen nicht vollständig finanziert sind, belaste ich den zukünftigen Haushalt um weitere Beträge. Mit diesen Überlegungen sind für uns Sozialdemokraten die Punkte, jetzt steht hier noch die Nummerierung alt, neu ist es glaub ich Punkt 3 bis 6 oder was es ist, nicht zustimmungsfähig, wobei bei dem Punkt der Reduzierung des Ansatzes für den Bereich Iglauer Weg der drohende Verlust von Fördermitteln auf keinen Fall hinzunehmen wäre.

Bei dem Punkt 2., den Zuschüssen für Investitionen, wird eine freiwillige Leistung aufgebläht, die bisher vom Umfang völlig reicht und die bei der Notwendigkeit zur Reduzierung auf Grund von Haushaltsdefiziten in künftigen Jahren als eine der ersten auf dem Prüfstand stehen wird und muss. Auch dieser Änderung können wir nicht zustimmen.

Mit dem Antrag zu 1. wird von dem Überschuss des Gesamthaushalts von 4.732 die letzten 4.000 EURO auch noch verausgabt. Welche Botschaft das hinsichtlich des Verantwortungsgefühls der CDU für den Gesamthaushalt ausdrücken soll, überlasse ich der Entscheidung jedes einzelnen.

Aber zu dem, was mit diesem Antrag bewegt werden soll, will ich noch etwas sagen: Sie von der CDU fordern hier 4.000 EURO für eine Kampagne, um aktiv neue Feuerwehrleute zu werben. Niemand hat etwas gegen noch mehr aktive Feuerwehrleute in Stadtallendorf. Aber mit ihrer Forderung drücken Sie zwei Dinge aus:

1. Die Stadt stellt der Feuerwehr nicht genügend Geld zur Verfügung, man braucht mehr. Dies ist nicht richtig: Das Produkt Gefahrenabwehr weist im Ergebnis einen Zuschussbedarf von 749.321 EURO aus. Ich glaube nicht, dass man da von einer zu

geringen Unterstützung sprechen kann. Und die Erhöhung um 4.000 EURO, die Sie fordern, macht gerade eine Veränderung von 0,53 % aus.

2. Sie sagen: Wenn wir das als Stadt mit 4.000 EURO in die Hand nehmen, dann kommt dabei was Ordentliches heraus. Das, meine Damen und Herren von der CDU, ist ein Schlag ins Gesicht all der Feuerwehrkameradinnen und -kameraden, die seit Jahren sehr engagiert ehrenamtlich Nachwuchsarbeit in der Feuerwehr betreiben. Deren Bemühungen stellen einen Wert weit größer als die 4.000 EURO dar. Und diese Menschen zu unterstützen ist unsere Aufgabe, die schon sehr ordentlich durch die Verwaltung und den Magistrat geleistet wird.

Zumindest wegen dieser in der Jugendarbeit sehr engagierten Menschen bitte ich Sie eindringlich, Ihren Änderungsantrag in dem Punkt zurückzunehmen.

Die GRÜNEN haben uns heute mit einem Antrag überrascht, zu dem ich erstmal vorab sagen möchte, er beweist erneut, dass die GRÜNEN entweder nicht Willens oder nicht in der Lage sind, sich an parlamentarische Spielregeln zu halten. Wir haben die Möglichkeit gehabt als Fraktionen Wünsche zum Haushaltsplan anzumelden. Ich weiß nicht, ob die GRÜNEN das diese Position eingebracht haben, wir haben von der CDU in guter Manier gezeigt, die Übung, dass wir zu den Haushaltsberatungen die Anträge vor den Beratungen in den Ausschüssen einbringen. Das haben Sie nicht getan. Sie habens vielleicht nicht nötig. Oder das Ganze beruht darauf, dass die Grundlage für die Gewissheit, dass ein solcher Antrag eine Chance zur Beschlussfassung hat, erst sehr kurzfristig gelegt wurde. Meine Damen und Herren, das was die GRÜNEN fordern, nämlich die wie heißt es die Schaffung die Erstellung eines Radverkehrs- und Fußwegekonzeptes für Stadtallendorf, ist etwas, darüber lasse ich mit mir inhaltlich gerne reden. Weil das etwas ist, wo niemand etwas gegen ein solches Konzept haben kann. Nur, muss es eingebettet sein in den finanziellen Rahmen, den wir konkret haben. Und das, was hier vorgegaukelt wird, ist eher der Eindruck, als hätten wir dieses Geld übrig. Wir haben es nicht. Und ich sage Ihnen, selbst wenn Sie dieses ganze heute beschließen lassen, Sie werden nach dem, was ich Ihnen über die Haushaltsjahre 2015 und 2016 hier prophezeit habe, in diesen Jahren für diese Überlegungen keine Chance haben, Mittel zu einer zusätzlichen Umsetzung von irgendwas bereitzustellen. Überlegen Sie sich, ob es dann nicht besser ist, solide miteinander daran zu arbeiten, dass man die Haushaltssituation dieses Jahr nicht verschlimmert, sondern sie als Ausgangspunkt nimmt und gemeinsam für das nächste Jahr die notwendigen Anstrengungen zu beginnen.

Wir Sozialdemokraten werden den Änderungsanträgen von CDU und GRÜNEN geschlossen eine Zustimmung verweigern und hoffen, dass dies auch die anderen Fraktionen so sehen.

Zum Abschluss bleibt mir noch zu sagen: Wir Sozialdemokraten werden dem Haushalt und den Wirtschaftsplänen zustimmen, weil sie ein gutes Gesamtwerk darstellen und weil die wichtigen Sachverhalte zu seinen Inhalten und den Rahmenbedingungen so sind, wie von mir angesprochen. Dies gilt auch, falls Teile des Antrags der CDU oder der GRÜNEN beschlossen werden sollte, denn sie können das Gesamtwerk nicht völlig ruinieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.